

Erste Seite
täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertagen.

Bezugspreis
vierteljährlich 3,50 M., frei ins Haus gebracht; durch die Post bezogen 3 M. 25 P.

Wagenkarten 25 P.
Einzelnummern kosten 10 P.

Kreis-Zeitung

für den Ober-Taunus-Kreis.

Anzeigenpreis
die viergespaltene Garmondzeile oder deren Raum 20 Pfg.; im Nachrichtenteil die Beitzelle 35 Pfg. — Nach laß bei öfteren Wiederholungen. — Laufende Wohnungsanzeigen nach Ueberein kunft.

Geschäftsstelle
Eulienstraße 78, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 16195
Frankfurt a. M.

Die Wahlen zur Nationalversammlung

Berlin, 22. Jan. (W. B.) Nach vorläufigen Feststellungen der Wahlkommission verteilen sich die Sitze auf die einzelnen Parteien wie folgt (in 35 von 36 Wahlkreisen):

Deutschnationale Volkspartei	40
Deutsche Volkspartei	17
Christliche Volkspartei	61
Deutsche demokratische Partei	71
Sozialdemokratische Partei	163
Unabhängige	22
Bayerische Volkspartei	16
Bayer. Mittelpartei u. Nationall. Partei	1
Deutsche Volkspartei in Bayern	4
Bayerischer Bauernbund	4
Württemberg. Bürgerpartei u. Württemberg. Bauern- u. Weinbauernbund	2
Katholische Volkspartei (Oppeln)	8
Schleswig-Holstein. Bauern- u. Landarbeiter-Demokratie	1
Braunschweigischer Landeswahlverband	1
Deutsche Hannoverische Partei	4

zusammen: 415

(Mit den bisherigen Feststellungen stimmt diese Zusammenstellung nicht ganz überein und wird mit großer Wahrscheinlichkeit noch mancher Korrektur bedürfen. D. Red.)

Die Lohnschraube.

Die wilden Streiks der letzten Wochen, die auf immer weitere Arbeiterkreise übergreifen, und auch die Privatbeamten und die unteren Beamtenkreise nicht mehr unberührt lassen, haben die deutsche Volkswirtschaft an den Abgrund gebracht. Es bedarf nachgerade keiner besonderen Einsicht mehr, um zu erkennen, daß die gegenwärtige Wirtschaftsweise nur noch auf Wochen das immer mehr zusammensinkende Wirtschaftsleben kümmerlich im Gange zu halten vermag. Dann muß unter allen Umständen der völlige Zusammenbruch erfolgen. Die deutsche Reichsregierung, die von ihrem erhöhten Standpunkt aus den weitesten Überblick hat, vermag sich dieser Folgerung natürlich am wenigsten zu entziehen. Sie hat denn auch bereits eine Vollziehung unter Hinzuziehung von Vertretern der Obersten Heeresleitung und der Reichsbank abgelehnt, um die Fragen der Finanzwirtschaft, des Verkehrs, der Kohlenversorgung, und der Arbeitslosigkeit eingehend zu besprechen. Einstimmig wurde der jetzige Zustand als unmöglich erklärt und eine recht radikale Aenderung als Vorbedingung der wirtschaftlichen Aufrichtung Deutschlands bezeichnet. Ueber die Wege und Mittel zu dieser radikalen Aenderung verläutet aber vorläufig noch nichts genaueres.

Dagegen machen sich die streikenden Arbeiter selbst bereits ihre Gedanken über die vorauszuhebende Aenderung. In den Besprechungen mit streikenden Elektrizitätsarbeitern in Berlin ist von diesen offen zugegeben worden, daß die Lohnstreiks der letzten Zeit reine Erpressungsversuche seien. Sie hätten auch Einsicht genug, anzuerkennen, daß die auf diese Weise erzielten Lohnerhöhungen keinen Bestand haben können, weil sie auf die Dauer die Betriebe ruinieren müßten, die zu den ungeheuren Zahlungen gezwungen würden. Auf die Frage, wie dem vorzubeugen sei, machten sie einheitlich den Vorschlag, die Reichsregierung solle fest zugreifen und die Lebensmittelpreise herabsetzen und zugleich alle Lohnerhöhungen seit der Revolution für ungültig erklären. Dann werde sie aus den Lohnerparnissen, die für die Allgemeinheit erzielt würden, die Mittel erhalten, um den plötzlichen Sturz der Lebensmittelpreise durch Reichszuschüsse auszugleichen. Auf diese Weise blieben die Mehraufwendungen des Reiches wenigstens übersichtlich und die deutsche Volkswirtschaft würde von den unerträglichen Erpressungsversuchen verschont.

Es bleibt also als einziges Rettungsmittel neben der zwangsweisen Herabsetzung der Lebensmittelpreise nur die Einführung des Arbeitszwanges übrig, der dadurch ausgeübt werden könnte, daß die gesunden Arbeiter und Arbeiterinnen keinerlei Unterstützung erhalten, wenn sie sich weigern, ihnen angebotene geeignete Arbeit zu übernehmen. Auch die Durchführung dieser Gewalttat wird auf Schwierigkeiten stoßen. Aber sie läßt doch wenigstens eine Aussicht auf Rettung.

Sozialistische Bremsversuche.

Berlin, 23. Jan. (Priv.-Tel.) In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung erklärte gestern der sozialistische Polizeipräsident Richter bei Beratung einer Vorlage über Erhöhung des Gaspreises im Zusammenhang mit Forderungen der Gasarbeiter: Auch wir (die Sozialisten) stehen mit allem Nachdruck auf dem Standpunkt, daß die Dinge so nicht weitergehen können. Die Arbeiter wollen aus der Revolution eine Lohnbewegung machen, die unsere Existenz vernichtet. Unser Vaterland können wir nur dann aus dem Unglück retten,

wenn wir freudig daran mitarbeiten und mehr arbeiten als bisher.

Im „Vorwärts“ heißt es: Selbstverständlich zwingt rapid zunehmende Teuerung alle Arbeiter und Angestellten zu immer neuen Ausgleichsforderungen. Aber wo soll es hinführen, wenn die Arbeiter eines für die Öffentlichkeit unentbehrlichen Produktionszweiges alle Rücksichten einfach beiseite setzen.

Ausstände und Unruhen.

Berlin, 23. Jan. (Priv.-Tel.) Nach achttündiger Beratung verkündete gestern Abend 6 Uhr Magistratsrat von Schulz den Spruch des Einigungsamts des Gewerbegerichts in Sachen des Elektrizitätsstreikes. Die Arbeiter haben sich mit Lohnsätzen einverstanden erklärt, die im allgemeinen um 20 Pfennig hinter ihren Forderungen zurückblieben. Die Vertreter beider Parteien erklärten sich mit den Vertragsvorschlägen einverstanden. Der Obmann der Arbeiterkommission traf hierauf sofort Anordnungen zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Hamburg, 22. Jan. (W. B.) Im Anschluß an die Arbeitslosenunterstützungen vor dem Gewerkschaftshaus begab sich eine große Menge Arbeitsloser, darunter spartatistische Elemente, nach der Hafengegend, wo sie zwei Automobile der Sicherheitsmannschaften mit Maschinengewehren wegnahmen und zwei Polizeiwachen stürmten. Später wurden die Wache und die beiden Automobile von der Sicherheitswache wieder zurückerlangt, wobei ein Spartatist getötet wurde. In verschiedenen Teilen der Stadt kam es zu Schieberereien. Auf dem alten Steinweg wurden patrouillierende Sicherheitsmannschaften aus den Fenstern beschossen, worauf die Sicherheitsmannschaften das Feuer erwiderten und zwei Leute erheblich verletzten. Aus Anlaß dieser Vorgänge wurde abends der verschärfte Belagerungszustand verkündet. Die wichtigsten Gebäude der Stadt wurden im weiten Umkreis abgesperrt. Es sind umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden.

Hamburg, 23. Jan. (W. B.) Die Unruhestifter hatten mehrere Polizeiwachen und das Gebäude der Landesherrschaft besetzt. Bis auf das Gebäude der Landesherrschaft ist alles wieder im Besitz der Regierungstruppen. Der militärische Sicherheitsdienst, der etwa 8000 Mann Infanterie und Kavallerie zur Verfügung hat, beabsichtigt mit aller Schärfe weitere Krawalle im Reine zu erstickten, um Vorkommnisse wie in Berlin zu verhindern.

Bentzen, 22. Jan. (W. B.) Die Streiklage in Oberschlesien ist heute ebenso wie gestern. Während einzelne Gruben die Arbeit wieder aufnahmen, traten ebenso viele erneut in den Ausstand. Die Erwartung, daß heute die Arbeit allgemein wieder aufgenommen würde, erfüllte sich also nicht. Es sind weiter etwa 30 000 Mann ausständig.

Die deutschen Kriegsgefangenen.

Frankfurt a. M., 22. Jan. (Priv.-Tel.) Der „Frankf. Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet: Ueber die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen kann folgendes mitgeteilt werden: Im Anschluß an den Briefwechsel regte der deutsche Vorsitzende der Kommission für Kriegsgefangene in Spa, Major Pap an, daß umgehend Vorschläge für die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen getroffen würden. Der Vertreter der Obersten Heeresleitung der Alliierten lehnte das Ersuchen ab und erklärte, daß Marshall Foch nur die Weitergabe und Beförderung der deutschen Bitte um möglichst rasche Rückbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen zugesagt habe. Die Entscheidung liege bei den alliierten Regierungen. Die Antwort der Regierungen stehe noch aus und niemand wisse, wie sie ausfallen werde. Es sei durchaus möglich, daß die Entente mit der Rücksendung einzelner Kategorien der deutschen Kriegsgefangenen einverstanden sei. Es sei aber auch möglich, daß die alliierten Regierungen das deutsche Ansuchen ablehnten.

Von deutscher Seite wurde daraufhin vorgeschlagen, wenigstens Listen über die in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen aufzustellen und der deutschen Unterkommision zu überreichen. Auch dies wurde von französischer Seite abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß bis 1. März etwa 200 000 deutsche Kriegsgefangene in Nordfrankreich konzentriert sein würden, um dort alles wieder aufzubauen, was die Deutschen „demoliert“ hätten. Mit dem Transport sei bereits begonnen worden, so daß eine große Bewegung der deutschen Kriegsgefangenen eingeleitet habe. Dadurch werde die Aufstellung der Lagerlisten erschwert und die Angaben dieser Lagerlisten würden in kurzer Zeit nicht mehr zutreffend sein.

Weitere Einschränkungen im Eisenbahnverkehr.

Berlin, 22. Jan. (W. B. Amtlich.) Obwohl der Verkehr der Personen- und Schnellzüge schon bisher zum Nachteile aller, die auf die Benutzung der Eisenbahn angewiesen, überaus stark eingeschränkt war, so sieht sich die Staatseisenbahnverwaltung doch gezwungen, abermals mit weiteren empfindlichen Einschränkungen im Personen- und Schnellzugverkehr vorzugehen. Sie treten bereits

am 23. Januar in Kraft. Vom 23. Januar ab werden im ganzen Deutschen Reich kaum noch ein Duzend Schnellzüge verkehren. Der Grund dieser schweren, für das ganze Wirtschaftsleben äußerst nachteiligen Maßnahme ist in erster Linie die unaufhaltbare Abgabe leistungsfähiger Lokomotiven an die Ententemächte. Außerdem erhöht sich die Zahl schadhafter Lokomotiven infolge geringerer Arbeitsleistungen der Werkstätten stetig. Die Menge betriebsfähiger Lokomotiven und Wagen nimmt von Tag zu Tag in erschreckender Weise ab. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist nur möglich, wenn die Ententemächte bei Übernahme der Betriebsmittel billige Rücksicht walten lassen und wenn die Arbeiterschaft in den Reparaturwerkstätten die Wiederherstellung der schadhafte Lokomotiven mit allen Mitteln betreibt.

Deutschlands Wirtschaftslage.

Die Situation verschlechtert.

Berlin, 23. Jan. (Priv.-Tel.) Ein Mitarbeiter des „Vorwärts“ hat von amtlicher Seite die Mitteilung erhalten, daß sich die wirtschaftliche Situation sehr verschlechtert hat. Der Mittelpunkt der Krise ist die Kohlennot. Trotz des Streiks bei den Elektrizitätswerken, der die Kohlenvorräte etwas gestreckt hat, droht doch in diesen Tagen ein vollständiger Stillstand nicht nur dieser Betriebe, sondern auch aller anderen auf Brennstoff angewiesenen Betriebe. Die Krise droht gleichzeitig in verschiedenen Gegenden Deutschlands einzutreten, sogar in den Berg-Revieren fehlt es an der nötigen Kohle. Die Ursache hierfür sind die zahlreichen wilden Streiks und die lokalen Sozialisierungsversuche.

Letzte Meldungen.

Die Lebensmittelversorgung durch die Alliierten

London, 21. Jan. (W. B.) Reuter meldet, daß in zwei bis drei Wochen deutsche Handelsschiffe unter der Kontrolle der Alliierten wieder auf See fahren werden, hauptsächlich um den früheren Feinden der Alliierten Lebensmittel zuzuführen. Es gehe sowohl im Interesse der Menschlichkeit als auch im Interesse der öffentlichen Ordnung, daß bestimmten befreiten Gebieten und den feindlichen Ländern baldige Hilfe gebracht würde. Die vom Obersten Kriegsrat ernannte alliierte Lebensmittel- und Schiffsverkehrskommission habe sich vor kurzem nach Trier begeben, wo sie mit der deutschen Abordnung, bei der sich auch Regierungsbeamte und Vertreter der Schifffahrt befanden, zusammengekommen sei. Wegen der nicht geordneten Zustände in Deutschland seien die Delegierten der Alliierten im Zweifel gewesen, ob irgendeine stabile Autorität vorhanden sei, um ein Uebereinkommen verbindlich abzuschließen. Aber die deutschen Delegierten hätten beweiskräftig dargelegt, daß sie in der Lage sind bindende Verpflichtungen einzugehen. Es sei beabsichtigt, daß Deutschland eine wesentliche Menge Lebensmittel, insbesondere Weizen, Fett und kondensierte Milch, kaufen und importieren darf. Die Konferenz in Trier sei als erste Gelegenheit, bei der britische und deutsche Zivilisten seit Kriegsbeginn in Verhandlungen traten, bemerkenswert gewesen.

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 23. Jan. 1919.

W. S. H. Neues Sinfoniekonzert. Raum sind die Weissen des Philharmonischen Konzertes verklungen, und wir werden schon wieder zu einem inhaltsreichen Symphoniekonzert eingeladen. Das Programm verzeichnet folgende Werke: „E dur-Symphonie“ von Schubert, „Präludium und Fuge“ in cis-moll von Bach und „Tod und Verklärung“ von R. Strauß. Die Symphonie von Schubert, dieses herrliche Werk, erstarrt noch immer in ewiger Jugendfrische und herrlicher Farbenpracht; es zeichnet sich besonders aus durch unaussprechlichen Reiz der Melodie, durch eine Fülle des Wohlklangs, durch Ursprünglichkeit und Reichtum der Tongebenen, aber auch durch göttliche Längen, die wir aber nur im letzten Satz als wirkliche Längen empfinden. — Schubert hat nie erlebt, daß seine E dur-Symphonie zur Aufführung gebracht wurde. Die philharmonische Gesellschaft in Wien hatte sie ihm als zu umfangreich und schwer zurückgesandt. Erst R. Schumann brachte sie von Wien nach Leipzig, wo sie Mendelssohn 1839 zum ersten Mal erklingen ließ. Sie erklang gestern durch Herrn Kapellmeister Ehrenberg eine mit lebensprühendem Temperament erfüllte Wiedergabe. Vorzüglich gelang das Andante, während dem Scherzo in Bezug auf „wichtig“ und „unwichtig“ noch hier und da die letzte Felle fehlte.

Präludium und Fuge in cis-moll von Bach findet sich in dem „Wohltemperierten Klavier“. In dieser 2 Bände umfassenden Sammlung von Tonstücken bemerken wir einen blendenden Reichtum an Gedanken voll Reiz, Schwung und Empfindung, so daß sie noch jetzt nach 150-jähriger Weiterentwicklung dieses Zweiges der Tonkunst durch ihre geistige Tiefe und ihre kunstvolle Form in Erstaunen setzen. Präludium und Fuge bilden ein Ganzes

von untrennbarem Charakter. Unsere Eis moll-Jage ist eine Komposition von vollendeter Schönheit. Ein tiefer Ernst durchzieht das Ganze. Sie ist stimmig. Ein Hauptthema und 2 Nebengedanken bilden den Inhalt. Herr Ehrenberg hat diese Komposition mit großem Geschick für Orchester bearbeitet und sie durch klare Hervorhebung der einzelnen Gedanken dem Verständnis der Zuhörer näher gebracht. Leider erklangen in den ersten 24 Taktten einige Stellen nicht ganz rein. Hauptsächlich gelangt es dem Herrn Kapellmeister, die schmerzliche berührende Gleichgültigkeit der breiten Massen einem seiner größten Geister gegenüber zu überwinden.

Ueber „Tod und Verklärung“ haben wir uns erst kürzlich ausgesprochen. Deshalb möchten wir uns für heute nur auf die Bemerkung beschränken, daß bei dem großen Zug, der durch die musikalischen Gestaltungen des Herrn Kapellmeisters Ehrenberg geht, er nicht die Aufmerksamkeit auf das Detail verliert. Er holt motivisch Thema und thematische Entwicklung an das Licht, die bei andern Gelegenheiten in der Tiefe schwimmen.

Der Besuch des Konzertes war leider nur mäßig.
A. Aus der Zentrums-Partei. Vertreter der Zentrums-Partei aus dem Oberrhein-Kreis und dem Kreis Münden beschlossen, wie uns mitgeteilt wird, in einer gestern hier unter dem Vorsitz des Herrn Oberlehrers Müller stattgehabten Sitzung den Neuaufbau einer festgefügtten, weitumfassenden Organisation. Zum Vorsitzenden des geschäftsführenden Ausschusses wurde Herr Direktor Jungblut von hier gewählt, der in kurzen Umrissen die Ziele einer weitumfassenden, erfolgversprechenden und ausgebreiteten Organisation entwickelte. Alle Erscheinungen waren mit ihm darin einig, daß zur stetigen Aus-

dehnung des Bestandes der Partei die eifrigste Werbetätigkeit in Wert gesetzt werden soll.

Vortrag Dr. v. Gerdtell. Auf den morgen abend um 8 Uhr im Speisesaal des Rathauses beginnenden ersten Vortrag von Dr. v. Gerdtell über das Thema: „Der kirchliche Christus als falscher Messias“ wird hiermit nochmals hingewiesen.

Zusolge Raummangels mußten wir heute den Roman zurückstellen.

Vermischte Nachrichten.

Stimmungsbild vom Schwarzwald. In einem Dorf des württemb. Schwarzwaldes hatten bei der Nationalversammlungswahl bis vormittags 11 Uhr von 74 Wahlberechtigten 70 abgestimmt. Der als Wahlvorstand funktionierende Dorfschultheiß überlegte, ob er wegen der 4 „säumigen“ Wähler bis abends 8 Uhr amten sollte. Kurz entschlossen ließ er die 4 Delinquenten aufs Rathaus zitieren und noch bevor die Mittagsglocke läutete, hatte das ganze Dorf seiner Wahlpflicht genügt.

Eine Schrecksnachricht für alle Hamsterer kommt aus Berlin. Wie die „Tägl. Rundschau“ erfährt, planen die amtlichen Stellen alsbald nach den Wahlen eine Verordnung herauszubringen, die der Hamsterei ein gründliches Ende bereiten soll. Den einzelnen Haushaltungen soll nicht mehr belassen werden als 1 Kilo Fleisch, gleich welcher Sorte einschließlich Wild ferner nicht mehr als zusammengekommen 1 Pfund Butter, Del., Margarine, Fett und Speck. Was darüber ist, soll der Beschlagnahme verfallen und zu Höchstpreisen übernommen werden. An

Gegenständen wie Gröhe, Graupen, Teigwaren darf ebenfalls nicht mehr als 1 Kilo vorhanden sein, ebenso wie die Kriegsbetriebe die Lebensmittel abzuliefern haben, von denen sie bisher zu verbilligten Preisen an die Arbeiter abgeben hatten. Ferner ist die Beschlagnahme der Hamstervorräte in den Gastwirtschaften in rigoröser Weise in Aussicht genommen. Der Bevölkerung wird eine Anmeldefrist der bei ihr befindlichen Hamstervorräte gestellt werden und nachher soll in den Wohnungen eine Hausdurchsuchung stattfinden. Was dann über die angemeldeten Vorräte noch gefunden wird, verfällt der Beschlagnahme.

Rathaus-Konzerte.

Freitag, den 24. Januar, nachm. von 4—6 Uhr, Konzert. Dirigent: Konzertmeister Kurt Bünsche. 1. An die Gewehr, Marsch (Lehnhardt). 2. Ouverture z. Oper Don Juan (Mozart). 3. Stellschein, Gavotte (Metter). 4. 1. Satz aus L'Arlesienne (Bizet). 5. Walzer, Liebessehnsucht (Waldteufel). 6. Großmütterchen, Menuett (Metter). 7. Potpourri aus Donna Juanita (Suppe). Abends von 8 1/2—10 Uhr. Dirigent: Kapellmeister Oskar Holzer. 1. Ouverture Die Abreise (E. d'Abert). 2. Wein, Weib und Gesang, Walzer (J. Strauß). 3. Suite aus dem Ballet Der Kuckucker (Tschaikowsky). 4. Vorspiel zu Die Meistersinger (R. Wagner). 5. Tango (Händel). 6. Polonaise C-dur (F. Liszt).

Wir sprechen nicht mehr!

Die Wahlergebnisse im ganzen Lande sprechen laut genug für den Sieg des bürgerlichen Demokratischen Gedankens.

Wählt am Tage der Preußenwahl

die Liste der

Deutschen Demokratischen Partei

beginnend mit dem Namen:



Pfarrer a. D. Dr. Rade.



**Deutsche Demokratische Partei
Ortsverein Bad Homburg.**

Für meine Eisengießerei

mehrere

Lehrlinge

gegen steigende Vergütung gesucht.

Heinrich Rempel,

Eisengießerei Bad Homburg.

Lehrling

mit guten Schulzeugnissen für unsere Buchdruckerei gesucht

Kreisblatt - Verlag.

Männergesangsverein Bad Homburg v. d. Höhe.

Hierdurch erfüllen wir die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem Ableben unseres Sangesbruders

Herrn Christian Hoepf

in Kenntnis zu setzen.

Wir betrauern in dem Dahingekleideten ein langjähriges, eifriges Mitglied unseres Vereins und werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet Freitag, den 24. ds. Mts., nachm. 4 Uhr statt. Die Mitglieder werden gebeten, sich pünktlich um 1/4 Uhr im Vereinslokal zur Erweilung der letzten Ehren einzufinden.



**Pferde-
mehrgerei
Philipp Jamin
Oberursel,
Telefon 142**

auf Schlachtpferde zu den höchsten Preisen. Nachschaltungen werden mit eigenem Fuhrwerk sofort abgeholt.

Unfallanzeigen

für alle Betriebe gültig, zu haben in der Kreisblatt-Druckerei

Gottesdienst der israelitischen Gemeinde

Samstag, den 25. Januar.

Vorabend 5 Uhr

Morgens 9 Uhr

Neumondwoche.

Nachmittags 4 Uhr

Sabbatende 6 Uhr

An den Werktagen.

Morgens 7 Uhr

Abends 6 1/2 Uhr.

Bad Homburg v. d. G., den 20. Januar 1919.

Die Stelle eines Leiters des beim hiesigen Landratsamts zu errichtenden **Kreisarbeitsnachweisamts** ist zu besetzen.

Bewerber wollen ihre Meldungen unter Beifügung eines Lebenslaufs und der Zeugnisse **sofort** hierher einreichen.

Bevorzugt sind solche, die im Arbeitsnachweiswesen gründliche Erfahrungen und Kenntnisse besitzen.

Gehalt 250 Mk. monatlich und Reisekosten-Vergütung nach den Sätzen der Kreisbeamten.

Der Landrat.

von Marx

Für den Vollzungsausschuß des Kreises
Hintelr.

Versammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Am **Freitag, den 24. Januar 1919**, abends 8 Uhr findet im kleinen Saale des **Nassauer Hofes** eine

Mitglieder-Versammlung

statt.

Es werden auch diejenigen Staats- und städt. Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie nicht angestellte Beamten der Stadt Bad Homburg, welche noch nicht dem Verbands angehören, eingeladen.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung werden alle Mitglieder und Nichtmitglieder um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand.

Deutsch-nationale Volkspartei Jugendgruppe.

Zusammenkunft **Freitag 7.30 Uhr** im
BrauStubl.

Der Vorstand.

Wohnhaus und Grundstückversteigerung

im Gasthause „Zur Stadt Friedberg“ zu Homburg-Kirdorf.

Freitag, den 24. Januar 1919, nachmittags 5 Uhr versteigere ich im gest. Auftrage der Erben auf den Namen der verstorbenen **Eheleute Johann Heit 12er und Anna Maria geb. Kilt** zu Kirdorf Kirdorferstraße die im Grundbuche des Königl. Amtsgerichts eingetragenen Grundstücke öffentlich freiwillig an den Meistbietenden:

1) **Wohnhaus mit Hofraum, Scheune mit Pferdestall, Werkstätte, Waschküche und Schweinestall**

im Stbl. 11 Parz. $\frac{262}{76}$ groß 7 ar 23 qm

2) Stbl. 11 Parz. Nr. 75 Garten im Ort, groß 6 ar 57 qm

3) " " " " 21 Garten im Hauswurt, groß 9 ar 22 qm
Baumstück mit tragf. Obstbäumen.

Karl Knapp

Auktionator & Taxator.

Luisenstraße 6.

NB. Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben. Die Piegenschaft dürfte sich ihrer guten Lage und den großen Raumverhältnissen wegen sehr für landwirtschaftlichen Betrieb ebenso auch für jedes andere Gewerbe eignen und wollen sich evtl. Interessenten um nähere Auskunft und Besichtigung an den Unterzeichneten wenden.

Gesucht auf sofort bezw. 1. März Wohnung

von **5—6** Zimmern mit nötigem Zubehör. Offert.
unter **M. U.** an die Geschäftsstelle des Blattes.

Lehrling

mit guter Schulbildung zu Ostern
gesucht.

Hofphotograph **Voigt**,
Bad Homburg.

Ordentliches

Dienstmädchen

bei hohem Lohn zum sofortigen Eintritt gesucht.

Frau J. Löwenstein,
Luisenstraße 43 1/2.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung vom 20. Dezember 1918 wird hiermit veröffentlicht, daß die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung auf

Sonntag, den 26. Januar 1919

anberaumt sind, dieselben um **9 Uhr vormittags** beginnen und um **8 Uhr abends** pünktlich geschlossen werden.

Die Stadt ist in 6 Wahlbezirke eingeteilt, welche nachstehend nebst den für dieselben ernannten Wahlvorstehern sowie deren Stellvertretern mit Angabe des Wahllokals verzeichnet sind:

I. Stimmbezirk.

Altgasse, Brüningsstraße, Burggasse, Gaidensülleweg, Herrungasse, Deudelheimerstraße, Feldstraße, Leopoldsweg, Mariannenweg, Mühlgasse, Mühlschloßstraße, Orangeriegasse, Hinter dem Rahmen, Rathausstraße, Rind'sche Stiftstraße, Saalburgstraße bis einschl. Viktoria-pensionat, Sackgasse, Schloß, Am Schloßgarten, Schmidtgasse, Georg Speyerstraße, Seidel-straße, Tannenwaldallee, Triftstraße, Untergasse. Sämtliche nicht an einer der ad I bis V aufgeführten Straßen belegenen Hofstraßen außerhalb der Stadt.

Wahlvorsteher: Stadtverordneter Heinrich Rößner.

Stellvertreter: Kaufmann Wilhelm Rübsämen.

Wahllokal: Kassauer-Hof-Saal, Untertor Nr. 2

II. Stimmbezirk

Dießheimerstraße, Elisabethenstraße, Glucksteinweg einschl. der Backsteinfabriken, Höhe-straße, Alte Mauerstraße, Neue Mauerstraße, Obergasse, Schulstraße, vor dem Untertor, Wahlstraße.

Wahlvorsteher: Schuhmacher Heinrich Behrends

Stellvertreter: Fabrikant Christian Mehger

Wahllokal: Bürgerschulturnhalle, Rathausstraße 13.

III. Stimmbezirk

Luisenstraße, Dainigasse, Kaiser Wilhelmstraße, Personen- und Güterbahnhof, Am Rondell

Wahlvorsteher: Stadtverordneter Friedrich Behle

Stellvertreter: Schuhmachermeister Anton Bornberger

Wahllokal: Kreishausaal, Luisenstraße 89/90.

IV. Stimmbezirk

Augusta-Allee, Brendelstraße, Gasthofstraße, Gymnasiumstraße, Hardtstraße, Hölberlinweg, Hülshornweg, Kaiser Friedrich Promenade, Kasernenstraße, Kirdorferstraße, Anlagen, Landgrafenstraße, Ottilienstraße, Proworoffstraße, Töpferweg, Viktoriaweg

Wahlvorsteher: Stadtverordneter Richard Debus

Stellvertreter: Stadtverordneter Heinrich Wehrheim II.

Wahllokal: Gymnasial-Turnhalle, Gymnasiumstraße 1.

V. Stimmbezirk

Kudensstraße, Dorotheenstraße, Feldbergstraße, Ferdinandsanlage, Ferdinandsplatz, Ferdinands-straße, Friedrichstraße, Frölingstraße, Im Hasensprung, Risseleffstraße, Löwengasse, Ludwig-

straße, Am Mühlberg, Meiereiberg, Oberurselpfad, Parkstraße, Schöne Aussicht, Schweden-
pfad, Seisgrundstraße, Taunusstraße, Thomasstraße, Urselerstraße, Waisenhausstraße.

Wahlvorsteher: Stadtrat Hückmann

Stellvertreter: Controlleur Heinrich Heupel

Wahllokal: Stadtverordneten-Sitzungsaal u. Bezugsscheinbüro
Luisenstraße Nr. 59, gemeinsamer Eingang im Rat-
haus, Seitenbau links.

VI. Stimmbezirk.

Der frühere Gemeindebezirk Kirdorf, soweit die Straßen nicht einem der vorbe-
zeichneten Bezirk zugeteilt sind.

Wahlvorsteher: Zimmermann Johann Engländer

Stellvertreter: Kaufmann August Raab

Wahllokal: Saal der Gastwirtschaft „Zum grünen Baum“
Hauptstraße 20.

Für die Wahlen gelten im übrigen die Vorschriften der Verordnung über die Wahlen
zur deutschen Nationalversammlung.

Zu den Wahlen selbst wird noch folgendes bemerkt:

Zur schnelleren Abwicklung des Wahlgeschäfts empfiehlt es sich, daß die einzelnen
Familien geschlossen zur Wahlurne schreiten, damit der Name nur einmal in der
Liste aufgeführt zu werden braucht, wodurch eine raschere Abfertigung erzielt wird.

Ferner dürfte es sich empfehlen, daß möglichst in den Vormittags- und Mittags-
stunden gewählt wird, um einen Andrang in den Abendstunden zu vermeiden, zumal pünkt-
lich um 8 Uhr abends die Wahlhandlung geschlossen wird und nachher keine Stimmzettel
mehr angenommen werden dürfen. Auch die im Wahllokal um 8 Uhr bereits anwesenden
Personen können keine Stimme mehr abgeben. Ueber die Eintragung in die Wählerliste
sind den Wahlberechtigten besondere Anweisung zugesandt worden, sie gelten auch für
die Wahlen zur preussischen Landesversammlung. Diese Anweisung sind
sorgfältig aufzubewahren und zur Wahl mitzubringen, zwecks rascher Auffindung
des Namens in der Wählerliste.

Das Stimmrecht darf nur einmal ausgeübt werden, selbst wenn durch ein Versehen
ein Wahlberechtigter in mehrere Wahllisten eingetragen sein sollte. (Strafgesetzbuch § 108
Absatz 2). Die Stimmabgabe ist geheim, und als freie Willensäußerung gegen Nötigung
oder Zwang gesetzlich geschützt. (Strafgesetzbuch § 107, 109).

Im Wahllokal ist jegliche Beeinflussung oder Störung streng untersagt, insbesondere
sind gesetzlich verboten:

1. Ansprachen,
2. Beratungen und Beschlusfassungen, mit Ausnahme derjenigen des Wahlvor-
standes,
3. das Auflegen oder Verteilen von Stimmzetteln.

In demjenigen Teile des Wahllokals, in welchem der Nebentisch und die Absonde-
rungsvoorrichtungen sich befinden, dürfen sich keine Zuschauer aufhalten. Der Wahlvorsteher
hat ständig darauf zu achten, daß dieser Raum nur zu dem Zwecke und nur solange
benutzt wird, als es die Hineinlegung des Stimmzettels in den Umschlag notwendig macht.

Der Wahlvorstand hat die Pflicht der Ausübung des Hausrechtes während der Wahl-
handlung.

Der Wahlvorstand kann jeden aus dem Wahlraum verweisen, der die Ruhe und
Ordnung stört. Seinen Anordnungen ist sofort Folge zu leisten, anderen Falles Haus-
friedensbruch vorliegt, nach § 123 des Strafgesetzbuches.

Bad Domburg v. 16. D., den 8. Januar 1919.

Der Magistrat.

Der Arbeiterat.